

**Der Grosse Rat Le Grand Conseil
des Kantons Bern du canton de Berne**

Donnerstag (Vormittag), 7. Juni 2018

Volkswirtschaftsdirektion

**71 2017.RRGR.570 Motion 218-2017 Graf (Interlaken, SP)
Gleich lange Spiesse für die Hotellerie in den Ferienregionen des Kantons Bern gegenüber
der Hotellerie in anderen Tourismuskantonen**

Vizepräsident Hannes Zaugg-Graf übernimmt den Vorsitz.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zum Traktandum 71, und ich erlaube mir, ganz kurz eine persönliche Erklärung abzugeben. Ich wurde darauf angesprochen, dass mein Deutsch nicht so gut ankomme; es sei zu geschliffen und wirke künstlich. Ich muss dazu erklären, dass ich diese Sprechweise vor Jahrzehnten gelernt habe. Ich war einmal drei Jahre an einer Schauspielschule, und ich möchte Sie bitten, das einfach hinzunehmen. Ich kann nicht anders. Ich müsste mich wirklich extrem konzentrieren, wenn ich dann «so hochdeutsch sprechen soll». (*spricht mit Schweizer Akzent*) Ich kann das auch, aber es ist schwierig. Es ist etwa das Gleiche, wie wenn Sie von den Landwirten verlangten, nicht mehr gerade zu pflügen, oder von den Ärzten, nicht mehr alle Symptome zu beachten, oder von Grossrätin Sabina Geissbühler, falsch Blockflöte zu spielen. Oder am schlimmsten wäre es, wenn Sie von Grossrat Mathias Müller verlangten, seine Voten nicht mehr mit «fertig» abzuschliessen. Das hat er auch verinnerlicht. Ich danke für die Kenntnisnahme.

Wir kommen zum Traktandum 71, der Motion Graf. Es geht um die gleich langen Spiesse. Grossrat Graf hat das Wort.

Urs Graf, Interlaken (SP). Zu meiner Interessenbindung: Ich bin weder an einem Hotel beteiligt, noch bin ich in einem Verwaltungsrat. Doch mein Konsumverhalten bezüglich Hotels ist so, dass wenn der eidgenössische Durchschnitt diesem entspräche, meine Motion nicht notwendig wäre. Als Gemeindepräsident von Interlaken und als Mitglied eines Regionalbank-Verwaltungsrats, der viel mit Hotelfinanzierungen zu tun hat, ist mir das Problem sehr geläufig.

Ich wende mich im Folgenden speziell an die bürgerlichen Kolleginnen und Kollegen. Dieses Problem ist kein Links-rechts-Thema. Wenn aus ordnungspolitischen Gründen das Problem nicht analysiert wird, dann ist das eine verpasste Chance, meine Damen und Herren. Alle Parlamente im zentralen und östlichen Alpenraum, in denen der Tourismus bewirtschaftet wird, haben sich mit diesem Thema auseinandergesetzt. Das sind die Kantone Wallis, Graubünden und Tessin, die Bundesländer Vorarlberg und Tirol und die Provinz Südtirol. Nirgends hat es eine linke oder rote Mehrheit. Überall sind diese Parlamente bürgerlich dominiert, und alle kamen sie zur Auffassung, dass der Staat etwas tun muss. Nur der Kanton Bern macht das bis jetzt nicht. Erlauben Sie mir, drei grundsätzliche Punkte des Problems zu schildern, um anschliessend das Problem zu analysieren.

Erstens: Eine gesunde Hotellerie ist für die Volkswirtschaft systemrelevant. Nur 16 Prozent der Wertschöpfung fällt in den Hotels an; der Rest geschieht ausserhalb. Heute und morgen findet das Swiss Economic Forum (SEF) in Interlaken statt. Wenn wir keine gesunde Hotellerie haben, wird dieses Forum nicht mehr bei uns stattfinden.

Zweitens: Umsatz ist nicht gleich Gewinn. Wir hatten zwar in den letzten Jahren viele und immer mehr Übernachtungen, aber der Bruttogewinn stimmt nicht. Das führt dazu, dass die notwendigen Investitionen nicht getätigt werden können.

Drittens komme ich auf die internationale Konkurrenzsituation im Alpenraum zu sprechen: Nach Ihren Ferien im Südtirol schwärmen Sie vielleicht von der wunderbaren Hotellerie und der wunderbaren Infrastruktur. Aber im Tirol und im Südtirol betragen die Personalkosten 50 Prozent der hiesigen, und die Waren kosten 49 Prozent unserer Preise. Wir haben nicht schlechtere Hoteliers bei uns, aber wir haben viel schwierigere Rahmenbedingungen. Was ist die Grundproblematik? – Der Substanzwert in der Hotellerie ist nicht gleich dem Ertragswert. Und der Ertragswert wird finanziert, nicht der Substanzwert. Ich nenne Ihnen ein konkretes Beispiel: Ein kleiner Dreisterne-Familienbetrieb

will zur Erhöhung der Übernachtungszahlen, der Verlängerung der Saison und der Erhöhung des Kundenfrankens eine kleine, bescheidene Wellnessanlage bauen. Diese Wellnessanlage kostet 1 Mio. Franken, steigert aber den Ertragswert nur um 500 000 bis 700 000 Franken. Es entsteht eine Finanzierungslücke. Diese Finanzierungslücke muss gedeckt werden. Ist das Eigenkapital nicht vorhanden, hat dieses Hotel keine Chance, sich zu verbessern und wird mit der Zeit vom Markt verschwinden. Die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredite (SGH) kann einen Teil lösen, aber nicht alles. Was ist die Folge? – Die Folge ist Investitionsstau, die Erben übernehmen das Hotel nicht, die Qualität sinkt. Das führt dazu – und das können Sie im Oberland überall beobachten –, dass Ausländer die Hotels kaufen. Bei uns sind dies Chinesen, Inder, Araber und Russen. Eine Mitarbeiterin eines Büros, das diese Hotels verkauft, konnte das anhand der Firmendaten in einer Diplomarbeit aufzeigen. Ausländer haben vor allem die Motivation, Grund und Boden in der Schweiz zu kaufen, und nicht ein Hotel zu bewirtschaften.

Ich komme zum Schluss: Es braucht eine aktuelle Analyse der Branche und zielgerichtete Hilfeleistungen. Der Kanton Bern ist zwar kein Tourismuskanton, aber er hat Verantwortung im Tourismus zu übernehmen. Es ist aus volkswirtschaftlichen und regionalpolitischen Gründen entscheidend, dass wir gleich lange Spiesse wie unsere Konkurrenten haben.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Als Mitmotionärin spricht Anita Luginbühl. Wir haben noch andere Mitmotionäre. Möchten diese auch sprechen? Grossrat Flück? – Nein. Grossrat Wenger? – Als Fraktionssprecher? – Ja. Grossrat Mentha? – Auch nicht. Grossrätin Luginbühl, Sie haben das Wort.

Anita Luginbühl-Bachmann, Krattigen (BDP). Ich danke Grossrat Urs Graf für sein engagiertes Votum. Ich kann alles unterstützen, was er gesagt hat, und möchte einfach einige Ergänzungen anbringen. Österreich, Deutschland und Südtirol haben ganz andere Finanzierungsmodelle. Diese kennen wir. Die Branche selber – wir haben uns erkundigt – will keine Finanzierung in diese Richtung. Aber folgendes Anliegen ist nicht unerheblich; ich greife nur ein Beispiel heraus, das die Nachfolgeregelung betrifft: Bei der Nachfolgeregelung können für junge Hoteliers finanzielle Engpässe entstehen. Das nötige Eigenkapital fehlt gerade bei jungen Familien, um Bankkredite zu erhalten. Ein Hotel in Schuss und à jour zu halten, ist sehr kostenintensiv. Es geht um grosse Liegenschaften mit teilweise grossem Investitionsbedarf. Das Ranking bei den Banken ist gleich wie bei den KMU-Betrieben, nämlich höher als beim Wohnungsbau. Wir haben es schon gehört: Mit der SGH besteht eine schweizerische Institution zur Finanzierung, aber die Gelder werden auf die ganze Schweiz verteilt. Der Kuchen wird in kleinen Stücken verteilt. Diese Gelder werden zudem bei Kreditanträgen miteinbezogen, wenn bereits SGH-Gelder genehmigt wurden. Ich bin selber auch im Verwaltungsrat einer Regionalbank. Diese Gelder alleine reichen eben manchmal nicht aus, um einen Kredit zu erhalten.

Wie könnte also die Umsetzung von Ziffer 2 der Motion aussehen? – Ich öffne ein neues Fenster: Als die Langzeitpflegeinstitutionen vom Kanton Bern weg in den Besitz von Vereinen, Gemeinden oder von wem auch immer übergingen, fehlte zum Beispiel im Solina in Spiez – Sie kennen das Solina mittlerweile gut – das nötige Eigenkapital, um bei den Banken für einen Bau- und Ausführungskredit vorzusprechen. Bei Gesprächen mit dem Kanton wurden wir uns einig und erhielten vom Kanton ein Darlehen gewährt, selbstverständlich zu leicht höheren Zinsen als diese bei Banken üblich sind. Wir konnten das Darlehen einsetzen, um bei den Banken in die Verhandlungen über Kredite einsteigen zu können. Am Schluss haben wir das Darlehen nicht verwendet, weil wir die Finanzierung selber organisieren konnten, inklusive Abschreibungen und allem. Es war wie eine Bürgschaft des Kantons, damit wir Gelder der Banken erhielten. Diesen Funktionsmechanismus könnte man sich unter Ziffer 2 so vorstellen: Ganz klar müssen Bedingungen geklärt und erfüllt werden, wann überhaupt ein solches Darlehen gegeben werden kann.

Wir sind uns alle einig: Solange ausländische Investoren aus ihren Portokassen Hotels aufkaufen und diese nicht weiterbetreiben, lösen wir das generelle Problem nicht. Vielleicht zum Schluss noch eine Bemerkung: Sehen Sie einmal in die Runde. Es sitzt kein einziger Hotelier in diesem Saal. Einen Gastronomen haben wir mit Grossrat Egger, glp, aber einen Hotelier haben wir nicht, weil die Hoteliers vermutlich einfach andere Probleme haben.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zu den Fraktionen. Für die SVP-Fraktion spricht Grossrätin Graber.

Anne-Caroline Graber, La Neuveville (SVP). La motion dont nous débattons demande d'une part un rapport, et d'autre part des mesures de soutien supplémentaires en faveur du secteur de l'hôtellerie. En préambule, je tiens à rappeler que l'UDC soutient l'économie en général, et la branche de l'hôtellerie en particulier. Toutefois, nous estimons, à l'instar du Conseil-exécutif, que l'environnement concurrentiel de l'hôtellerie ainsi que les défis auxquels elle doit faire face, sont déjà clairement identifiés et connus aujourd'hui. Un rapport supplémentaire n'est absolument pas nécessaire.

S'agissant du point 2, nous considérons que les mesures de soutien de l'hôtellerie actuelles, dispensées en particulier par la Société Suisse de Crédit Hôtelier (SCH), sont non seulement suffisantes, mais en plus très bien définies. En effet, pour notre groupe, en la matière, il est important de respecter le principe de la compatibilité des mesures de soutien étatique avec les exigences du marché, notamment s'agissant de la viabilité et de la durabilité des projets bénéficiant d'une aide de l'Etat. Pour ces raisons, le groupe UDC rejette la motion à l'unanimité dans ses points 1 et 2. Si cette dernière devait être transformée en postulat, notre groupe rejetterait également ces propositions à une très large majorité.

Jakob Schwarz, Adelboden (EDU). Die EDU-Fraktion hat zu dieser Motion eine kontroverse Diskussion geführt. Unbestritten ist auch für uns, dass eine gute Hotellerie für die Tourismusregionen sehr wichtig ist. Auch bei uns führen die zahlreichen Übernahmen von Hotels durch ausländische Investoren zu Unbehagen. Ein Teil der Fraktion hat die Motion jedoch kritisch beurteilt, weil sie eine direkte staatliche Unterstützung von einzelnen Betrieben aus ordnungspolitischen Gründen ablehnt. Ein anderer Teil der Fraktion begrüsst es, wenn der Kanton genauer hinsieht, einen Bericht erstellt, Unterstützungsmassnahmen prüft und vorschlägt.

Investitionen, seien es Übernahmen oder Sanierungen, werden durch die Banken kaum mehr finanziert. Der Kollege Graf hat es ausgeführt: Touristische Betriebe, insbesondere Hotels, sind für die Banken Hochrisikogeschäfte und werden entsprechend behandelt. Auch die vom Regierungsrat propagierte Förderung via SGH scheint in der Praxis nicht so gut zu funktionieren, wie wir aus Rückmeldungen von Betroffenen schliessen müssen.

Nachdem der Kollege Graf die Situation in der Hotellerie beschrieben hat, erlaube ich mir ein paar Gedanken zur finanziellen Unterstützung im Bereich der Bergbahnen. Dieser wird hier nicht direkt angesprochen, ist aber im Tourismus auch wichtig. Seit Jahren ist bekannt, dass sich andere Länder wie Österreich in der touristischen Industrie wie auch in der Hotellerie sehr massiv mit öffentlichen Geldern engagieren und sich damit einen grossen Wettbewerbsvorteil verschaffen. In den letzten Jahren sind es zunehmend die Tourismuskantone Graubünden und Wallis, die öffentliche Gelder zugunsten der touristischen Infrastruktur einsetzen. Das betrifft zum Beispiel die Investition grosser Summen in Beschneiungsanlagen und Speicherseen bei Bergbahnen. Neustes Beispiel im Wallis: Vor einer Woche wurde vom Walliser Kantonsparlament mit einer grossen Mehrheit von 104 Ja- gegen 25 Nein-Stimmen ein Fonds zur Förderung der Bergbahnen geschaffen, dotiert mit 270 Mio. Franken. Das können wir gut finden oder nicht, aber es ist eine Tatsache, dass die Spiesse im Tourismus damit nicht mehr gleich lang sind. Es zeigt auch den Stellenwert des Tourismus in diesen Kantonen. Wir können das im Kanton Bern auch bleiben lassen und sagen, dass wir das nicht machen. Aber als Touristiker tut es dann schon weh, wenn sich ein bekannter bernischer Politiker damit brüstet, vom Dumpingangebot der Bergbahnen in Saas Fee zu profitieren und ein nicht nachhaltig finanziertes Angebot sogar noch als innovativ bezeichnet. Bis heute Morgen bin ich davon ausgegangen, dass unsere Fraktion abstimmen wird wie ein bunter Blumenstrauss. Welche Farben in welcher Anzahl vertreten sein werden, wusste ich nicht genau. Mittlerweile ist es so, dass die EDU-Fraktion den Vorstoss einstimmig unterstützen wird. Ich danke Ihnen, wenn Sie das auch tun.

Martin Boss, Saxeten (Grüne). Ohne eine gut funktionierende Hotellerie verliert eine touristische Region stark an Attraktivität und Erfolg. Dies erwähne ich als zentralen Satz zu Beginn meines Votums und auch als Einstieg zu den Motionsforderungen. Die Hotellerie ist seit Längerem einem Strukturwandel unterworfen. Gründe dafür wurden in der Motion aufgeführt: der starke Schweizer Franken, sinkende Margen und Erträge, Verlagerungen und Verdrängungen durch andere Anbieter im gleichen Segment; Hotels sind in andere Nutzungen überführt worden; ausländische Investoren sind nicht immer am Betrieb des Hotels interessiert, was zu Hotelleichen ohne Nutzung führt; fehlende Investitionsmittel und ungenügende Bankenfinanzierungen. Insbesondere die letztgenannten Punkte der Finanzierung und der Investitionen schaffen ungleich lange Spiesse und bedeuten für

die Hotellerie eine Wettbewerbsverzerrung, da andere Kantone und Länder mit grosszügigen Finanzhilfen Unterstützung bieten.

Der Regierungsrat umschreibt in seiner Antwort, dass die Hotellerie Unterstützung durch die SGH in Form von Darlehen, Beratungen und Wissenstransfer erhalte. Diese Leistungen durch die SGH führen immer zu zusätzlichen Kosten für den Beherbergungsbetrieb. Darlehen werden nur finanziert, wenn marktgerechte und genügende Erträge erzielt werden können, um Zinsen und Amortisationen zu finanzieren. Die Praxis zeigt aber, dass die SGH zur Deckung des Risikokapitals auch hohe Zinsen verlangt. Genau zu diesem Zeitpunkt einer Investition sollte der Betrieb genügend Schnauf für sein Geschäft erhalten. Eine weitergehende staatliche Förderung und Unterstützung von Beherbergungsbetrieben analog zu den Kantonen Graubünden, Tessin und Wallis widerspreche dem Grundsatz der selbstständigen Marktregelung und einer Bereinigung durch den Strukturwandel, schreibt der Regierungsrat in seiner Antwort. Dies kann man als Widerspruch sehen. Aber die Folgen sind für die Berner Hotellerie eben ungleich lange Spiesse. Das ist auch eine Wettbewerbsverzerrung.

Übrigens wäre es interessant zu wissen, ob die vorhin genannten Kantone mit ihren Möglichkeiten der Vergabe von Darlehen, A-fonds-perdu-Beiträgen, Dienstleistungen und so weiter Erfolge nachweisen können. Diese Frage wird vom Regierungsrat nicht schlüssig beantwortet. Ich hoffe diesbezüglich noch auf eine Stellungnahme. Die grüne Fraktion ist sich einig, dass keine künstliche Strukturhaltung der Hotellerie angestrebt werden soll. Auch der Einsatz von möglichen Investitionshilfen durch den Kanton in die Hotellerie als notabene eine von vielen Branchen kann hinterfragt werden. Dennoch scheint es wichtig, dass die Hotellerie im Kanton Bern gute Instrumente und eine Chance erhält, damit wir auch in Zukunft ein vielfältiges, qualitativ gutes bis sehr gutes Hotelbettenangebot haben. Wie ich bereits zu Beginn gesagt habe: Ohne eine gut funktionierende Hotellerie verliert eine touristische Region stark an Attraktivität und Erfolg. Die grüne Fraktion wird die Motion grossmehrheitlich annehmen. Sollte die Motion in ein Postulat gewandelt werden, werden wir dieses einstimmig annehmen.

Hans-Rudolf Saxer, Gümligen (FDP). Die FDP-Fraktion äussert sich zu den zwei Ziffern der Motion wie folgt: Erstens, die Erarbeitung eines Berichts über die Situation der Hotellerie: In seiner Antwort listet der Regierungsrat die wesentlichen Gründe auf, die zum laufenden, tiefgreifenden Strukturwandel in der Hotellerie führen, seien das teilweise unterdurchschnittliche Betriebsgrössen, vorhandene Überkapazitäten, höheres inländisches Preis- und Lohnniveau oder seien es neue Beherbergungsangebote in der Parahotellerie. Diese Gründe und der damit verbundene Strukturwandel gelten nicht nur für den Kanton Bern, sondern für die ganze Schweiz. Es steht ausser Zweifel, dass der laufende Strukturwandel im Einzelfall schmerzhaft ist. Diese Entwicklung kann aber nicht aufgehalten werden. Es ist klar festzuhalten, dass der Strukturwandel im Interesse eines langfristig rentablen und nachhaltigen Betriebs der verbleibenden Hotels erwünscht ist. Die Erarbeitung eines zusätzlichen Berichts durch den Regierungsrat beziehungsweise die VOL wird keine neuen Erkenntnisse liefern und ist deshalb abzulehnen.

Ich komme zu Ziffer 2 der Motion. Gemäss dieser Forderung sollen Massnahmen definiert werden, mit denen die Hotellerie finanziell unterstützt werden kann. Die FDP lehnt auch diese Ziffer ab. Es ist aus unserer Sicht richtig, dass sich der Kanton auf indirekte Massnahmen der Hotelförderung konzentriert, das heisst auf Marketing, die Förderung touristischer Infrastrukturen wie zum Beispiel Bahnen und auf Weiterbildungen zur Verbesserung der Qualität des Angebots. Die einzelbetriebliche Förderung durch den Kanton stellt einen sehr heiklen Eingriff in den Markt dar. Der Kanton Bern hat das im Übrigen früher getan. Im Jahr 2005 hat er diese Praxis aber aufgrund von unbefriedigenden Ergebnissen aufgegeben. Es ist zudem nicht einzusehen, weshalb der Kanton Bern nur Hotels finanziell unterstützen sollte. Es gibt auch in anderen Wirtschaftsbereichen wichtige Unternehmen, die mit ähnlichen Schwierigkeiten kämpfen und auch eine finanzielle Unterstützung des Kantons einfordern könnten, dies aber nicht tun. Zudem – und dieser Punkt ist sehr wichtig – gibt es mit der SGH eine öffentlich-rechtliche Genossenschaft, an der der Kanton Bern massgeblich beteiligt ist. Diese Gesellschaft wurde explizit gegründet, um die Gewährung von Darlehen an einzelne Hotelbetriebe vorzunehmen, die ein überzeugendes Geschäftsmodell und echte Chancen vorweisen, auch längerfristig zu bestehen. Die SGH hat in den letzten zehn Jahren Investitionen in der Hotellerie von insgesamt 1,7 Mrd. Franken mitfinanziert. Im Übrigen ist auch festzuhalten, dass diese Darlehen zu günstigen Konditionen angeboten werden. Aktuell kosten Darlehen bis zu fünf Jahren 1,0 bis 1,15 Prozent. Für Laufzeiten bis zu zehn Jahren werden Zinsen von 1,5 bis 2,0 Prozent verlangt. Die FDP lehnt den Vorstoss in beiden Ziffern ab.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Avant de donner la parole à Monsieur Köpfli, je dois annoncer quelque chose: Je souhaite la bienvenue à la délégation de «Moutier-Résiste» et «Moutier-Prévôté» sur la tribune. Le bureau du Grand Conseil a permis une manifestation après la séance, et à midi, un apéro sera servi aux députés dans le hall de l'Hôtel du gouvernement. Bienvenue chez nous à Berne! (*Applaus*)

Michael Köpfli, Bern (glp). Ich befürchte, dass ich mir heute nicht viele neue Freunde unter den ländlichen Grossratsmitgliedern mache. Ich erlaube mir aber auch zu diesem Vorstoss wieder, das liberale Fähnchen hochzuhalten und dem Volkswirtschaftsdirektor etwas Rückendeckung zu geben, auch wenn es absehbar ist, dass wir in der Abstimmung wieder untergehen werden.

Die glp hat als einzige Fraktion diesen Vorstoss nicht mit eingereicht und wird ihn auch geschlossen ablehnen. Weshalb? – Wir anerkennen absolut, dass der Strukturwandel eine grosse Herausforderung für die Hotellerie ist, aber das gilt auch für viele andere Wirtschaftszweige. Wir verstehen auch, dass die Situation in den letzten Jahren mit dem starken Franken sicher noch verschärft wurde. Das hat sich mit dem aktuellen Wechselkurs etwas entspannt, aber die Unsicherheit bleibt hoch, und die Kosten im Vergleich zur ausländischen Konkurrenz sind es auch. Dennoch sind wir überzeugt, dass man diesen Strukturwandel nicht mit zusätzlichen Subventionen aufhalten kann. Es ist wahrscheinlich einfach so, dass es zu viele Hotelbetten gibt – das zeigt die Auslastung –, und dass dies zu betriebswirtschaftlichen Problemen für die Hotels führt. Hinzu kommen diverse neue Angebote, gerade digitale. Ich denke dabei an Plattformen wie Airbnb. Jetzt kann man diese Angebote gut finden oder nicht, die Realität ist, dass sie kommen. Sie werden den Markt erobern, und es ist unmöglich, dass wir als Kanton Bern sagen, wir würden hier nicht mitmachen. Wir können nicht isoliert sagen, die Digitalisierung gehe an uns vorbei. Wir versuchen es auch in anderen Bereichen. Ich denke dabei an die Taxi-/Uber-Diskussion. Aber mittelfristig ist das keine Strategie, die aufgehen wird. Wir glauben auch, dass wir mit zusätzlichen Subventionen einfach die bestehenden Strukturen zementieren. Das wird wahrscheinlich einigen Hotels ermöglichen, noch etwas länger am Markt zu bleiben. Schlussendlich führt das aber dazu, dass alle Hotels unter der tiefen Auslastung leiden. Dies, wenn wir mehr Hotels unter schlechten Bedingungen am Leben erhalten, anstatt den Strukturwandel zuzulassen und innovativen und qualitativ hochstehenden Angeboten eine tatsächlich nötige Wertschöpfung zu ermöglichen, die sie am Markt stärkt.

Es wurde bereits von Kollege Saxer gesagt, dass es verschiedene andere Bereiche gibt, die man auch unterstützen könnte, und für die der Strukturwandel ebenfalls schwierig ist. Ich denke an exportorientierte Industriebetriebe, Firmen, die auch unter dem starken Franken gelitten haben. Dort spricht man auch keine Subventionen. Hinzu kommt, dass der Tourismus im Vergleich zu anderen Branchen schon heute stark durch verschiedene Massnahmen unterstützt wird. Diese wurden auch bereits ausgeführt und stehen im Vortrag des Regierungsrats. Wir sind auch der Überzeugung, dass es wie in anderen Wirtschaftszweigen nicht möglich sein wird, mit den günstigsten Angeboten im Ausland mitzuhalten. Das wird am Standort Schweiz wahrscheinlich einfach nicht möglich sein. Wir müssen auch hier auf Qualität und Innovation setzen. Dann gibt es die Möglichkeit, dass wir auch für ausländische Touristen attraktiv bleiben und für die Schweizer Touristen, die in der Schweiz Ferien machen. Ein reiner Preiswettbewerb wird nicht zum Ziel führen. Aus diesem Grund sagen wir klar Nein zu diesem Vorstoss und bitten doch, sollte ziffernweise abgestimmt werden, dass wenigstens nur Ziffer 1 von den Befürwortern überwiesen wird. Ich denke auch, dass es im Zusammenhang mit dem Sparpaket seriös wäre, zuerst einen Bericht zu machen, und nicht jetzt schon finanzielle Massnahmen sprich Subventionen zu sprechen. Sonst widersprechen wir unserer Finanzstrategie vehement. Wir werden beide Ziffern ablehnen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Für die SP-JUSO-PSA-Fraktion spricht Grossrätin Rüfenacht.

Andrea Rüfenacht, Burgdorf (SP). Die SP-JUSO-PSA-Fraktion unterstützt diese Motion, und ich bitte Sie, dies ebenfalls zu tun. In der Antwort der Regierung werden einige generelle Aussagen gemacht, die erklären sollen, weshalb die Hotellerie bestimmte Schwierigkeiten hat. Darunter finden sich auch ein paar Tipps: Die Hotellerie soll innovativ sein, sie soll hohe Qualität bieten, und sie soll die Betriebsgrösse steigern, insbesondere auch, um die positive Wirkung der Hotellerie für die Volkswirtschaft zu sichern. Bereits hier vermissem wir weitere Informationen. Innovation und Qualität sind sicher gut. Betriebsgrösse hingegen ist nicht zwingend mit Qualität verknüpft. Grosse Betriebe können auch so funktionieren, dass mit möglichst wenig Personal möglichst grosse Reisegruppen

für ein bis maximal zwei Nächte versorgt werden. Eine derart industrialisierte Hotellerie ist nicht unbedingt innovativ, vielleicht aber recht einträglich. Wer lieber in einem ruhigeren Ambiente logiert, kann sich ja eine Ferienwohnung mieten, beispielsweise über Internet. Wer sich dazu noch etwas Service wünscht, stellt dann fest, dass dieses Angebot schrumpft und damit die ganze Angebotspalette dünner wird. Es stellt sich die nächste Frage, nämlich ob sich diese Entwicklung wirklich nur kurzfristig auf die Arbeitsplätze auswirkt. Zu diesen und weiteren Punkten, die Urs Graf und meine Vorredner und Vorrednerinnen schon ausgeführt haben, möchten wir gerne eine weiterführende Analyse. Diese Analyse soll die Situation im Vergleich mit anderen Regionen zeigen, Regionen, die genauso stark vom Tourismus abhängig sind. Wir wollen einen Vergleich mit denjenigen Kantonen, die ihre Hotellerie jetzt schon unterstützen, und nicht einfach einen Vergleich mit dem Rest der Schweiz. Wir bitten Sie, diese Motion zu unterstützen.

Markus Wenger, Spiez (EVP). Die EVP-Fraktion wird diesen Vorstoss in beiden Ziffern unterstützen. Gerne werde ich im Zusammenhang mit der geführten Diskussion zwei Punkte hervorheben. Wir haben von der FDP und der glp gehört, dass sie vermuten, dieser Vorstoss diene dazu, den Strukturwandel aufzuheben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das darf nicht das Ziel sein. Wir können in keiner Branche den Strukturwandel aufheben, aber wir können ein besonderes Problem, das wir bei den Hotels insbesondere im Berner Oberland, im Emmental und im Jura haben, analysieren und womöglich bekämpfen. Es ist bezeichnend, dass vier der Mitmotionäre in einem Verwaltungsrat einer Bank sitzen und somit Zugang haben und sehen, wo die Probleme bei der Finanzierung von Familienhotels liegen. Im Unterschied zu allen anderen Wirtschaftsbereichen ist es einfach so, dass zu einem Hotel ein Stück Land gehört. Das erhöht den Preis für diese Liegenschaft. Das ist bei einer Schreinerei oder einer mechanischen Werkstätte viel weniger problematisch als bei einem Hotel. Ein Beispiel in Gunten: Dort wurde ein Hotel an einen ausländischen Investor verkauft, und seit diesem Zeitpunkt ist das Hotel geschlossen. Der Investor hat kein Interesse am Betrieb dieses Hotels, sondern er muss sein Geld parkieren. Diesbezüglich richte ich mich besonders an die Vertreter und Vertreterinnen der SVP: Kann es tatsächlich unser Ziel sein, dass die Hotels an Investoren oder Hotelketten ins Ausland verkauft werden, weil diese mehr bieten können als die Familienbetriebe in unseren Regionen mit ihren schmalen Budgets? Müssten wir nicht wirklich hinsehen und sagen, das könne nicht die Zukunft sein? Auch wenn die Finanzierung schwieriger ist, wird eine Hotelfamilie mit viel Herzblut in unseren wunderbaren Feriendestinationen etwas hinkriegen, das wir von den Ausländern nicht erwarten können. Ich bitte Sie mitzuhelfen, damit dieser Bericht gemacht wird. Wir geben damit kein Geld aus, sondern untersuchen, welche Möglichkeiten überhaupt infrage kämen. Ich will keine Subventionen; ich will Rahmenbedingungen, die es der Hotellerie ermöglichen, sinnvoll zu überleben.

Monika Gygax-Böninger, Obersteckholz (BDP). Die Motionäre kümmern sich mit dem Vorstoss um einen wichtigen wirtschaftlichen Bereich des Kantons Bern. Der Kanton Bern ist auch ein wichtiger Tourismuskanton in unserem Land. Die Herausforderungen besonders in der Hotellerie und in der Beherbergungsbranche sind tatsächlich gross und speziell. Die Strukturen sind seit Jahren im Wandel, und dies wird sich in nächster Zeit sicher nicht ändern. Wir haben dies heute bereits viele Male zur Kenntnis nehmen können. Wir konnten alle die ausführliche und schlüssige Antwort der Regierung lesen. Wir haben viele positive und negative Argumente von den Fraktionen zur Kenntnis nehmen können. Das Problem wurde umfangreich beleuchtet, und ich verzichte auf Wiederholungen. Wir haben in der BDP-Fraktion lange das Für und Wider diskutiert. Die Wichtigkeit der Tourismusbranche in den verschiedenen Regionen wird von der BDP in keiner Weise bestritten. Wir haben aber bei dieser Motion keine einheitliche Haltung gefunden. Es wird Zustimmungen und Ablehnungen geben.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Wir kommen zu den Einzelsprecherinnen und Einzelsprechern. Wer sich noch eintragen möchte, soll das jetzt tun. Ich werde anschliessend die Rednerliste schliessen.

Sandra Hess, Nidau (FDP). Wir alle wissen, wie wichtig der Tourismus für die Schweiz und insbesondere für den Kanton Bern ist. Die Hotellerie ist ein wichtiger Faktor in diesem Wirtschaftszweig. Wir haben es gehört: Sie ist systemrelevant für den Tourismus und damit für die Schweiz. Wie die meisten anderen Branchen erlebt auch sie zurzeit einen Strukturwandel. Aber nicht nur: Sie erlebt auch einen Wandel der Kundenbedürfnisse und der Ansprüche und zwar der einheimischen wie

auch der ausländischen Gäste. Sie alle erwarten Qualität, Service und innovative Dienstleistungen auf höchstem Niveau in allen Preissegmenten. Viele Betriebe haben diese vielseitigen Kundenbedürfnisse erkannt und ihre Chancen gepackt. Sie haben den Wandel bereits vollzogen, andere sind noch dabei. Es ist keinesfalls so, dass die Branche nicht fähig ist, selber darauf zu reagieren. Im Gegenteil: Es gibt viele Hotels, die das bereits geschafft haben und zwar nicht nur mit ausländischer Hilfe, wie das heute Morgen auch schon suggeriert wurde.

Einen Bericht über den Zustand der Hotellerie braucht es nicht. Und Unterstützungsmassnahmen braucht die Hotellerie auch nicht. Neben der Tatsache, dass Sie der Hotellerie durchaus zutrauen dürfen und auch müssen, dass sie den Wandel selber bewältigen kann, kann es keinesfalls sein, dass wir anfangen, Branchen, die sich im Strukturwandel und im Transformationsprozess befinden, gezielt zu unterstützen. Das fehlende Kapital bei Nachfolgeregelungen ist bei Weitem kein Problem, das nur die Hotellerie betrifft. Das gilt auch für andere Branchen. Auch besitzt praktisch jedes KMU noch ein Stück Land, das dann ebenfalls zur Wertsteigerung des Betriebs beiträgt. Auch diesbezüglich handelt es sich nicht um ein branchenspezifisches Problem. Meine Damen und Herren, es ist doch eine Stärke der Schweizer KMU immer wieder auf neue Herausforderungen rasch und mit innovativen Produkten und Dienstleistungen zu reagieren. Ein Eingreifen des Staats ist unnötig, es ist sogar kontraproduktiv. Auch das haben wir bereits gehört, und ich kann das nur noch einmal wiederholen: Es darf nicht dazu führen, dass ein nicht mehr wettbewerbsfähiger Ist-Zustand erhalten und ein nötiger Transformationsprozess verzögert wird. Ich bitte Sie, diesen Vorstoss in beiden Ziffern abzulehnen.

Ursula Zybach, Spiez (SP). Viele von Ihnen wissen, dass wir vonseiten des bernischen Grossen Rats eine Freundschaft mit dem Sächsischen Landtag pflegen. Wir haben diesen vor ungefähr einem Monat besucht und verschiedene Themen diskutiert, unter anderem den Tourismus. Ich werde diese Sitzung wahrscheinlich noch lange nicht vergessen. Wir sassen «aufgereiht» in einem grossen Sitzungszimmer. Überraschend viele Kolleginnen und Kollegen aus Dresden waren zugegen und erzählten uns, wo sie im Moment in Tourismusthemen in der Sächsischen Schweiz unterwegs seien. Wir sassen so da und hatten bei manchen Fragen und Diskussionspunkten den Eindruck: Da waren wir auch mal, das waren auch mal unsere Themen. Wir haben ihnen zu sagen versucht: «Airbnb, da müssen Sie jetzt handeln! Sie müssen jetzt diese Punkte angehen. Jetzt ist der Moment!». Sie haben dann im Stil von «Ja, ja, wir haben das im Griff» reagiert.

Ich finde, genau an diesem Punkt stehen wir mit dieser Motion. Es gilt zu realisieren, dass ein Strukturwandel im Gang ist und zwar ein dramatischer. Ich erwähne das Beispiel von Oberhofen noch einmal: An wunderbarer Lage liegt ein Hotel, das nicht mehr betrieben werden kann, weil ein ausländischer Besitzer einfach kein Interesse daran hat. Sie sehen auch in der Begründung, wie viele Hotels an ausländische Investoren verkauft wurden. In dieser Motion geht es darum, einen Bericht zu schreiben, damit wir klare Zahlen haben und wissen, worüber wir diskutieren. Es gibt einige Ansatzpunkte in der Antwort, die aber viel zu wenig detailliert sind.

In Ziffer 2 geht es darum, Massnahmen zu definieren und zu überlegen, in welche Richtung es geht. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, machen wir nicht dieselben Fehler, die wir bei unseren Kollegen in Deutschland gesehen haben, sondern seien wir wirklich fortschrittlich. Wir müssen realisieren, dass der Strukturwandel kommt und uns Probleme in der Wirtschaft, in der Hotellerie und in anderen Branchen bereiten wird. Aber seien wir einen Schritt voraus, und sehen wir genau hin im Sinn des englischen Sprichworts «What gets measured gets done!». Schaffen wir Fakten, aufgrund derer wir handeln können. Ich bitte Sie, beide Ziffern klar zu überweisen.

Luca Alberucci, Ostermundigen (glp). Ich möchte mich dem Votum des Fraktionssprechers anschliessen. Selbstverständlich lehne auch ich die Motion in beiden Ziffern ab. Ich wünsche explizit, dass ziffernweise abgestimmt wird. Weshalb? – Ziffer 1 lehne ich ab; Ziffer 2 lehne ich sehr deziert ab. Für Ziffer 1 kann man eine gewisse Sympathie haben, damit wir einen Bericht erstellen lassen und prüfen können, was Sache ist. Gemäss Ziffer 2 jetzt schon Massnahmen zu definieren, wäre ordnungspolitisch in keiner Art und Weise zu vertreten. Wenn es zu einem Bericht käme und dieser überwiesen würde, möchte ich im Sinn eines Eventualwunsches noch etwas anregen: Ich fände es gut, nicht nur den Einfluss ausländischer Investoren auf die Hotellerie im Berner Oberland zu prüfen, sondern auch zu prüfen, wie es dazu kommt, dass diese ausländischen Investoren bei uns Fuss fassen. Welches sind die Gründe? Warum verkaufen heimische Hoteliers ihre Hotels an ausländische Investoren? Was springt dabei raus und was nicht? Ich wäre dankbar für die Prüfung dieses Aspekts, sofern ein Bericht erstellt wird.

Präsident. Das Wort hat der langjährige Hotelier und Branchenkenner Hans Kipfer.

Hans Kipfer, Münsingen (EVP). Vielen Dank für den Hinweis. Das ist auch ein Punkt, den ich noch erwähnen werde. Aber ich steige trotzdem mit der Gastronomie ein. Dort bin ich zurzeit tätig. Es wurde viel von gleich langen Spiessen gesprochen. Ich kann Sie beruhigen: Es ist kein Problem, wenn Sie mal kurze Spiesse haben. Für den Grill ist das manchmal besser. Es kommt sehr darauf an, was und welche Qualität am Spiess steckt. Darum geht es hier: Was stecken wir an den Spiess? – Die Qualität muss stimmen. Wie gesagt worden ist, habe ich auch Hotellerieerfahrung. Ich führte während mehrerer Jahre ein grosses Hotel mit rund 200 Betten. Ich war Vizepräsident eines nationalen Hotelverbands mit ungefähr fünfzig Hotels. Zu meiner Erfahrung: Der erste Anlauf in die Selbstständigkeit vor ungefähr zwanzig Jahren scheiterte genau aus den Gründen, die wir hier diskutieren. Es gelang mir nicht, einen Hotelbetrieb zu übernehmen, weil die Finanzierung nicht möglich war. Wir führten den Betrieb gut, aber die Rechnung ging nicht auf.

Das Hauptthema, das wir diskutieren, möchte ich nicht zu konkret auf die Hotellerie beziehen, denn es geht um eine volkswirtschaftliche Frage. Urs Graf hat es einleitend sehr gut gesagt: Eine gesunde Hotellerie ist systemrelevant. Darum geht es. Wenn wir eine Branche links liegen lassen, dann produzieren wir ein Problem in weiten Regionen des Kantons Bern. Wir sind bereit, Clusterpolitik im Umkreis der Hauptstadt zu machen und in gewissen Gebieten sehr viel Geld zu investieren. Es macht Sinn, in den Regionen die Hotellerie und ihr Branchennetzwerk genau zu untersuchen, damit wir den volkswirtschaftlichen Nutzen in diesen Regionen aufrechterhalten können. Deshalb unterstütze ich sehr klar diesen Vorstoss.

David Stampfli, Bern (SP). Ich erlaube mir, als Städter auch noch etwas zu diesem eher ländlichen Thema zu sagen. Verschiedene Kolleginnen und Kollegen haben angesprochen, dass dieser Vorstoss ordnungspolitisch nicht ganz über alle Zweifel erhaben sei. Das mag durchaus stimmen. Ich denke aber, dass es um eine staatspolitische Frage geht. Der Kanton Bern wird immer wieder kritisiert, wie schwach er sei und wie er sparen und den Strukturwandel vorantreiben müsse. Es wird erwartet, dass der Strukturwandel vorangetrieben wird. Ich bin der Meinung, der Kanton Bern müsse sich je nach Region auf seine Stärken besinnen, und diese Stärken müssen gefördert werden. Eine der grossen Stärken gerade des Oberlands ist der Tourismus. Das sage ich als Städter. Auch in den urbanen Zentren sind wir im Grossen Rat jedes Mal froh, wenn Infrastrukturprojekte gefördert werden, zum letzten Mal beim Tram Region Bern. Deshalb bin ich der Überzeugung, dass es umgekehrt wichtig ist, die Stärken des Oberlands, den Tourismus, ebenfalls zu fördern. Es geht nicht darum, dass bei Überweisung dieses Vorstosses am nächsten Tag Geld für die Hotellerie im Berner Oberland fliessen würde. Aber es geht darum, zu prüfen, wie wir diese Branche unterstützen können. Wie können wir ihr helfen, damit der Tourismus weiterhin floriert? Ich bin überzeugt, dass das für das Oberland wichtig ist, und deshalb werde ich diesem Vorstoss aus staatspolitischer Sicht zustimmen.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Der Motionär wünscht nach dem Regierungsrat noch einmal das Wort. Deshalb erteile ich jetzt dem Volkswirtschaftsdirektor das Wort.

Christoph Ammann, Volkswirtschaftsdirektor. In der Beherbergungsbranche ist seit Jahren ein tiefgreifender Strukturwandel im Gang. Dieser ist nicht absehbar in Zukunft auf dem Radar, sondern er ist im Gang. Die Gründe dafür sind vielfältig. Einige sind neu wie beispielsweise Online-Plattformen à la Airbnb, andere liegen tief in der Vergangenheit wie etwa kleine oder zu kleine Betriebsgrössen. Wieder andere Gründe ergeben sich aus den Antworten zu Fragen wie beispielsweise, was die Gäste wollen, welches ihre Bedürfnisse sind, wie die Gästestruktur aussieht, wie stark der Schweizer Franken ist und so weiter. Die Branche ist in einem Strukturwandel, und dieser Strukturwandel – verschiedene Fraktionssprecher und -sprecherinnen haben darauf hingewiesen – lässt sich nicht aufhalten, weder durch Berichte noch durch staatliche Massnahmen. Er lässt sich allenfalls etwas bremsen. Das gilt auch für die Hotellerie. Schlussendlich führt eine Veränderung dazu, dass Überkapazitäten abgebaut und überhaupt erst rentable Strukturen aufgebaut werden. Dass dabei auch ausländische Investoren aktiv werden, ist in einer stark international ausgerichteten Branche kaum auszuschliessen. Es ist auch nicht auszuschliessen, dass es bei einer Hotelübernahme zu einer anderen Nachnutzung kommt.

Für die Regierung muss eine Hotelförderung nachhaltig sein. Unter diesem Blickwinkel wurde – Grossrat Saxer hat es erwähnt – im Jahr 2005 die damalige Hotelförderung durch das Tourismus-

entwicklungsgesetz vom 1. Januar 2006 (TEG) abgelöst, weil man mit dieser kantonalen Hotelförderung keine Wirkung in der Hotellerie entfalten konnte. Mit dem TEG verfolgt der Kanton eine umfassende Tourismuspolitik und fördert die Hotellerie mit indirekten Massnahmen wie zum Beispiel der Förderung der Infrastruktur, von Marketing oder Weiterbildung. Für die finanzielle Unterstützung im Einzelfall – auch das wurde bereits angesprochen – stehen die Angebote der SGH zur Verfügung. Diese prüft jedes Gesuch und gewährt nur ein Darlehen, wenn ein nachhaltiger Betrieb sichergestellt werden kann. Andere Kantone wie Graubünden, Wallis oder das Tessin wenden teilweise einige Franken pro Jahr zur Förderung einzelner Beherbergungsbetriebe auf. Über die Wirkung der Förderbeiträge gibt es keine gesicherten Aussagen.

Interessant, geschätzte Grossrätinnen und Grossräte, ist aber der Blick auf die Entwicklung der Logiernachtzahlen. Grossrat Graf hat infrage gestellt, ob der Kanton Bern ein Tourismuskanton sei. Natürlich ist er das. Er ist bezogen auf die Logiernachtzahlen hinter Zürich der Zweitgrösste. Beide Kantone kennen keine Fördermittel für Einzelbetriebe in der Hotellerie. Der Regierungsrat ist also skeptisch bezüglich der nachhaltigen Wirkung kantonalen Unterstützung. Würden Beiträge zusätzlich zu denen der SGH gewährt, gibt es auch die Gefahr von sogenannten Mitnahmeeffekten. Unter Mitnahmeeffekten verstehen wir, wenn Betriebe Investitionen tätigen und gleichzeitig Staatsmittel in Anspruch nehmen, die sie nicht unbedingt bräuchten. Diese Gefahr gibt es. Weiter gilt es, das Ausfallrisiko als Thema im Auge zu behalten. Würden Beiträge an Betriebe ausgerichtet, die nicht von der SGH unterstützt werden, dann ist das Ausfallrisiko entsprechend gross. Ich war auch einmal Verwaltungsratspräsident einer Regionalbank und kenne Ausfallrisiken aus dieser Perspektive. Hinzu kommt das Argument der Wettbewerbsverzerrung einerseits zwischen geförderten und nicht geförderten Betrieben und andererseits zwischen der Beherbergungsbranche und anderen Branchen. Der Regierungsrat erachtet die vorhandenen Grundlagen und Instrumente als ausreichend.

Zum Schluss erinnere ich, dass eine Annahme gerade von Ziffer 2 auch finanzielle Auswirkungen hätte. Ich erinnere die bisherigen und auch die neuen Grossratsmitglieder in diesem Zusammenhang an die stundenlangen Spardebatten in der Novembersession und an schmerzhaftes Sparscheiden. Auch aus der finanzpolitischen Perspektive lehnt der Regierungsrat diesen Vorstoss ab, auch wenn er in ein Postulat gewandelt würde.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Der Motionär Urs Graf hat nochmals das Wort.

Urs Graf, Interlaken (SP). Besten Dank für die lebhafte Debatte. Ich habe sieben Punkte, die ich noch einmal ansprechen möchte. Erstens: Ein Bericht ist notwendig, weil in den letzten zehn Jahren ein enormer Wandel stattgefunden hat. Zweitens, zu Kollege Saxer: SGH-Darlehen gibt es. Es gibt sie aber auch im Tessin, im Graubünden und im Wallis. Dort wurden sie als nicht genügend erachtet. Wenn Sie mit Zinssätzen von 1 bis 2 Prozent kommen, dann ist das richtig als Basiszinssatz. Aber den Risikozuschlag haben Sie unterschlagen. Zu Kollege Köpfli: Natürlich gibt es Überkapazität in der Nebensaison, aber in der Hauptsaison eben gerade nicht. Wenn wir zusätzlich Hotelbetten abbauen, werden Orte wie Zweisimmen von der Hotellandschaft verschwinden, und das ist eine tragische Situation. Zu den anderen Branchen, Kollegin Hess: Das grosse Problem bei der Hotellerie ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit betreffend den Euro, 50 Prozent Personalkosten und so weiter. In der Hotellerie können Sie das nicht via Produktivitätsgewinn lösen. In vielen Produktionsbetrieben wurde das Problem der Wettbewerbsfähigkeit via Produktivitätsgewinn gelöst. Das ist hier nicht möglich. Zur Situation im Kanton Bern: Es ist meiner Meinung nach richtig, dass wir die Achse Biel-Bern-Thun stärken. Aber wir haben oberhalb von Thun eine Fläche, die so gross ist wie ein ganzer Kanton. Und das ist ein reiner Tourismuskanton, der gleichbehandelt werden muss wie Wallis, Tessin und Graubünden. Zum Regierungsrat: Logiernächte allein sind nicht entscheidend. Entscheidend ist der Bruttogewinn, damit man investieren kann. Zürich ist der grösste Tourismuskanton, aber das ist Stadttourismus, der eine völlig andere Wertschöpfung hat.

Ich möchte noch kurz den Tourismusverantwortlichen des Kantons Tessin, Elia Frapolli, Direktor des kantonalen Destinationsmanagements zitieren. Er antwortete auf die Frage, ob A-fonds-perdu-Beiträge nicht Strukturerhaltung seien: «Keineswegs, die Vorgaben sind streng. Die Beiträge, die bis zu 15 Prozent der Projektsummen abdecken, füllen letztlich gerade jene Lücken beim Eigenkapital, in welche die Schweizerische Gesellschaft für Hotelkredite nicht springen kann. Genau die sind entscheidend.» Nicht alles ist Wirtschaft, Kolleginnen und Kollegen. Das ist so. Ich finde es tragisch, wenn das Parlament sehr engagiert und beseelt über Bären, Wölfe und Luchse diskutiert und die zentrale Wirtschaft beiseitelässt. Schweren Herzens wandle ich in ein Postulat.

Hannes Zaugg-Graf, Uetendorf (glp), Vizepräsident. Sie haben es gehört, die Motion ist in ein Postulat gewandelt worden. Wir kommen zur Abstimmung. Wer das Postulat «Gleich lange Spiesse für die Hotellerie in den Ferienregionen [...]» annimmt, stimmt Ja, wer dieses ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Annahme

Ja 79

Nein 67

Enthalten 4

Präsident. Sie haben das Postulat angenommen mit 79 Ja-Stimmen gegen 67 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen.